

Chruschtschows Ringen um West-Berlin: Krise und Mauer

Vorbemerkung: Der Aufsatz fasst Forschungsergebnisse meiner primär auf sowjetischen Archivalien beruhenden Publikationen zusammen: Chruschtschows Berlin-Krise (München 2006); Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958 (München 2011); Dokumentation Chruschtschows Westpolitik, Bd. 3: Höhepunkt der Berlin-Krise (München 2011). Die Darstellung von datierten Vorgängen, die nicht in den Fußnoten nachgewiesen werden, beruht auf Dokumenten, die in diesem Band enthalten oder für Band 2 (über die Berlin-Krise von 1958-1960) vorgesehen sind. Weiterhin stütze ich mich auf die Werke von Manfred Wilke, Der Weg zur Mauer (Berlin 2011) und von Aleksandr Fursenko/ Timothy Naftali, Khrushchev's Cold War (New York – London 2006) sowie auf den Sammelband von Stefan Karner u.a. (Hg.), Wien 1961 (Innsbruck 2011).

1. Zugrunde liegende Überlegungen

„Walter, versteh doch eins: Bei offenen Grenzen können wir den Wettbewerb mit dem Kapitalismus nicht bestehen.“ Als der Sowjetherrscher Nikita Chruschtschow dies Anfang August 1958 im persönlichen Gespräch äußerte, war Ulbricht, der Parteichef der SED, hoch erfreut.¹ Er hatte schon seit Jahren in Moskau immer wieder darauf gedrängt, die Grenze der DDR in Berlin zu schließen, hatte damit aber kein Gehör gefunden, obwohl die Menschen – vor allem Jugendliche und dringend benötigte Fachleute – in Scharen wegliefen und damit den ostdeutschen Staat empfindlich schwächten. Doch Chruschtschow war davon überzeugt, dass der Sozialismus dem Kapitalismus überlegen sei und längerfristig für die Bevölkerung im Westen attraktiv werden müsse. Deshalb sollte sich der „friedliche Wettbewerb“ zwischen den beiden Systemen frei entfalten. Wieso blieb denn der sozialistische Staat hinter dem kapitalistischen zurück? Zuletzt fand er dafür eine Erklärung: Stör- und Sabotageakte von West-Berlin aus waren

1 Sergej Guk: Pri otkrytych granicah my ne smožem tjažat'sja s kapitalizmom [Interview mit Viktor M. Beleckij, der das Gespräch dolmetschte], in: Izvestija, 29.9.1992.

schuld. Diese mussten durch Schließung der dort noch offenen Grenze zum Westen unterbunden werden.

Das sollte jedoch nicht durch Sperrmaßnahmen geschehen. Das würde in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorrufen, der Sozialismus sehe sich dem Wettbewerb mit dem Kapitalismus nicht gewachsen. Auch wäre es blamabel, wenn man vor den Augen der Welt, deren Blicke auf die Stadt als Brennpunkt des Ost-West-Konflikts gerichtet waren, die - trotz politischer Spaltung noch bestehende – Einheit des täglichen Lebens in Berlin² mit Zwang und Gewalt zerstörte. Noch am 24. April 1961 wandte er sich im Gespräch mit dem westdeutschen Botschafter Hans Kroll dagegen, „eine Festungsmauer um West-Berlin herum zu bauen oder ein Sonderregime zu errichten“. Das sei „unmöglich, weil Berlin ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist, die Einwohner Berlins in verschiedenen Stadtteilen arbeiten, [dort] Verwandte haben usw.“ Stattdessen verlangte er:

Die Flugverbindungen [West-]Berlins sind über einen Flugplatz der DDR abzuwickeln. Um es direkt zu sagen: zur Kontrolle von Ein- und Ausreise, weil ein souveräner Staat nicht bestehen kann, ohne zu wissen, wer in ihn einreist und was man einführt; er kann nicht mit offenen Türen leben. [...] Also – Verkehrsverbindungen per Eisenbahn, auf dem Wasser- und Luftweg, aber mittels Kontrolle der DDR.

Nicht ins Auge fallende Sperranlagen, sondern Beherrschung der Zugangswege sollte das SED-Regime vor unerwünschter Einwirkung schützen.

Dadurch würde zugleich West-Berlin unterworfen werden, das Chruschtschow als feindliche „Frontstadt des kalten Krieges“, als „Knochen im Hals“ ansah. Den wollte er herausziehen. Erst dann würde der „friedliche Wettbewerb“ funktionieren, die DDR ihren wirtschaftlichen und sozialen Rückstand gegenüber der Bundesrepublik aufholen und die Führung in Deutschland übernehmen. Deshalb wollte er die Position der Westmächte in West-Berlin beseitigen und die Stadt dem bestimmenden Einfluss der SED-Führung ausliefern. Als Instrument dazu sollte ein Friedensvertrag mit Deutschland dienen, der die Besatzungsrechte, mithin die Rechtsgrundlage für die Anwesenheit der Westmächte in der Stadt und den damit geschaffenen Schutz vor östlicher Bedrohung, aufheben würde.

Was Chruschtschow sich davon versprach, erläuterte er dem kommunistischen Chef Nordvietnams, Ho Chi Minh, am 17. August 1961:

Der Abschluss des Friedensvertrags mit Deutschland wird ein großer Sieg des gesamten sozialistischen Lagers sein. Man muss sagen, dass sich die Führer der westlichen Länder, wie ihre geheimen Dokumente beweisen, die uns in die Hände gefallen sind, der Folgen bewusst sind, welche die Regelung der deutschen Frage für sie haben wird. Im Wesentlichen handelt es sich um die Liquidierung des gesamten Systems der aggressiven Blöcke, das von den Imperialisten [den Westmächten] in Westeuropa geschaffen wurde. Die Entbehrlichkeit der NATO wird mit der Tat bewiesen werden. Die Regelung der deutschen Frage wird eine völlig neue Lage in Westeuropa schaffen.

2 Siehe hierzu Michael Lemke: Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961, Köln 2011.

Das war nicht die einzige Äußerung dieser Art. In internen Gesprächen erklärte er immer wieder, dass es ihm darum ging, die NATO zu „ruinieren“, „in Stücke“ zu „reißen“. An die Stelle der beiden Bündnisse sollte ein europäisches System der kollektiven Sicherheit ohne die USA treten. Darin würde die UdSSR, zumal mit Hilfe anderen kommunistischen Staaten, die beherrschende Macht sein.

Chruschtschow glaubte deswegen, dass die NATO den Rückzug der Besatzungsmächte aus West-Berlin nicht überleben würde, weil er wusste, dass die Behauptung der Stadt seit dem Scheitern der sowjetischen Blockade von 1948/49 den Westeuropäern die Gewissheit gab, dass die USA sie bei einer akuten Bedrohung nicht im Stich lassen würden. Das Vertrauen darauf war die politische Grundlage der NATO. Wenn dieses ins Wanken geriet, würden die Verbündeten nicht mehr auf die amerikanische Unterstützung bauen, sondern eine Übereinkunft mit der UdSSR suchen, die dann natürlich zu deren Bedingungen getroffen werden würde. Das wäre eine totale Veränderung der Machtverhältnisse. Die Aussicht darauf musste im Westen, vor allem bei den ausschlaggebenden USA, heftigsten Widerstand hervorrufen. Chruschtschow stand darum vor der Frage, wie er diesen zu überwinden gedachte. Seine Überlegungen gingen von der Annahme aus, dass der Gegner wegen der drohenden Steigerung zum Kernwaffenkonflikt keinen Krieg riskieren würde. Um ihre Position in Berlin zu verteidigen, müssten die Westmächte aber Krieg führen, denn sie könnten sich nur dadurch behaupten, dass sie den – von vornherein aussichtslosen – Versuch machten, den Zugang dorthin mit militärischer Gewalt zu öffnen.

Um sie davon abzuschrecken, suchte Chruschtschow seine westlichen Gesprächspartnern immer wieder mit den fatalen Folgen zu beeindrucken, die sie damit auf sich ziehen würden. Die europäischen NATO-Länder wären sofortiger Vernichtung ausgesetzt. Sie seien daher „Geiseln“ in seiner Hand, welche die USA dazu zwängen, es nicht auf einen Krieg ankommen zu lassen. Nordamerika selbst hätte bei einem militärischen Konflikt ungeheuerliche Verluste, unvorstellbares Menschenleid und den Zusammenbruch seines politischen Systems zu gewärtigen. Auch die UdSSR würde natürlich schweren Schaden nehmen, der aber wegen ihres riesigen Territoriums begrenzt bliebe und aufgrund ihrer Festigkeit im Innern die sozialistische Ordnung nicht berühren würde. Das war Bluff, was die Darstellung des Kräfteverhältnisses zwischen den zwei Hauptmächten betraf. Chruschtschow behauptete zwar, dass die Sowjetunion bei einem wechselseitigen nuklearen Schlagabtausch mindestens ebenso stark wäre wie die USA, wusste aber, dass er kaum über Kernwaffenträger mit interkontinentaler Reichweite verfügte und daher auf globaler Ebene weit unterlegen war. Auch deswegen wollte er, wie sich später zeigte, seine ständige Drohung, den Krieg nicht zu scheuen, unter keinen Umständen wahr machen.

2. Der Weg zum Berlin-Ultimatum

Chruschtschow beauftragte eine Gruppe von Mitarbeitern des Außenministeriums mit der Ausarbeitung der Einzelheiten. Die Diplomaten waren entsetzt, als sie hörten, was der Chef

vorhatte. Als sie Einwände geltend machten, entzog er ihnen den Auftrag und behielt sich die Sache selbst vor. Zunächst war er von anderen politischen Problemen in Anspruch genommen. Als er schließlich Zeit fand, hielt er es für richtig, Ulbricht vorzuschicken, um die westliche Reaktion zu testen. Nachdem er den Redetext gebilligt hatte, erklärte der SED-Chef am 27. Oktober 1958 öffentlich, das westliche Besatzungsregime in West-Berlin sei mit dem Völkerrecht nicht vereinbar. Die Westmächte hätten kein Recht auf Anwesenheit und Zugang. Die Stadt liege auf dem „Territorium der DDR“. Er verlangte, ihren „Missbrauch“ zum Zweck der „Spionage und Sabotage gegen die DDR“ zu beenden, den „unnatürlichen, auch gegen die Interessen der Einwohner Westberlins herbeigeführten Zustand zu ändern“ und „die ganze Stadt zur Stadt des Friedens und des Fortschritts zu machen“.³ Diesen Äußerungen wurde im Westen wenig Gewicht beigemessen. Man kannte Ulbricht als Scharfmacher und glaubte, er habe nur seine eigene Auffassung zum Ausdruck gebracht. Die schwache Reaktion bestärkte den Kremlchef in der Absicht, die Aufhebung der westlichen Besatzungsrechte zu fordern.

Am 6. November 1958 legte Chruschtschow seinen Plan den Mitgliedern der sowjetischen Führung vor. Er berief sich darauf, die Westmächte hätten die Verpflichtungen von Potsdam nicht erfüllt, die nach Moskauer These überall in Deutschland politische Verhältnisse wie in der DDR vorsahen. Von dem Abkommen sei nichts übrig geblieben außer der Berlin-Regelung.⁴ Darum solle nun auch diese aufgehoben werden. Die deswegen zu erwartende gefährliche Verschärfung des Verhältnisses zu den Westmächten bewog Anastas Mikojan zum Widerspruch. Daraufhin wurde kein Beschluss gefasst.⁵

Trotzdem erklärte Chruschtschow vier Tage später öffentlich, die westlichen Berlin-Rechte seien ohne Rechtsgrundlage und müssten deswegen aufgehoben werden. Er wiederholte, die Westmächte hätten die Potsdamer Verpflichtung zur Demokratisierung Deutschlands nicht erfüllt und könnten sich daher nicht auf die ihnen im Abkommen gewährten Rechte berufen. West-Berlin sei Teil der Hauptstadt der DDR, stelle aber „eine Art Staat im Staate“ dar. Die Westmächte betrieben von dort aus eine „subversive Tätigkeit“ gegen die DDR, die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder. Der Berlin betreffende Teil der Vereinbarungen von Potsdam sei zu überprüfen. Auf dieser Basis müsse man die Überreste des Besatzungsregimes beseitigen und eine „normale Lage in der Hauptstadt der DDR“ herbeiführen. Die UdSSR wolle deshalb die Funktionen ihrer Organe auf die souveräne DDR übertragen. Soweit die Westmächte an irgendwelchen Fragen bezüglich Berlins interessiert seien, müssten sie diese mit der DDR

3 Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Serie III, Band 4/3, Frankfurt/Main 1969, S. 1831-1850.

4 In Wirklichkeit war auf der Potsdamer Konferenz von Berlin keine Rede gewesen. Die Vereinbarungen über den Vier-Mächte-Status der Stadt waren vorher, im Herbst 1944 mit einer Ergänzung am 1. Mai 1945, in der Europäischen Beratungskommission getroffen worden (wiedergegeben in: Alois Riklin: Das Berlinproblem, Köln 1964, S. 295-324).

5 Wiedergabe des Kurzprotokolls in: A. A. Fursenko (Hg.): Archivy Kremlja. Prezidium CK KPSS 1954-1964. Černoye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy, Moskau 2003, S. 338 f.

vertraglich regeln. Die Sowjetunion werde zu ihren Bündnisverpflichtungen im Warschauer Pakt stehen und darum jedes Vorgehen „aggressive[r] Kräfte“ gegen die DDR als Angriff auf sich und das Bündnis behandeln.⁶

Diesmal gab es einen Aufschrei im Westen, doch Chruschtschow hielt an seinem Kurs fest. Mit der eigenmächtigen Stellungnahme hatte er jedoch den Bogen innenpolitisch überspannt. Das nötigte ihn zu einigen Modifikationen. Die Note an die Westmächte vom 27. November 1958 enthielt daher nicht nur den – vom Außenministerium für nötig gehaltenen – Verzicht auf die unzutreffende Begründung mit dem Potsdamer Abkommen, sondern auch die Bereitschaft, von einer direkten Einbeziehung West-Berlins in die DDR abzusehen und den Westmächten sechs Monate zu Verhandlungen über die Details ihres Rückzugs aus der Stadt und deren Trennung vom Westen zu geben. Abstriche von den gestellten Forderungen sollten aber nicht in Betracht kommen. Deswegen wurde die Note außerhalb des sozialistischen Lagers allgemein als „Berlin-Ultimatum“ bezeichnet.⁷

Nicht nur der Standpunkt, dass grundlegende Änderungen ausgeschlossen seien, sondern auch der für West-Berlin vorgesehene Status einer „Freien Stadt“ zeigte, dass Chruschtschow an seinem Ziel uneingeschränkt festhielt. Er erklärte zwar, ein großes Zugeständnis zu machen und für die Freiheit der West-Berliner einzutreten, welche die Westmächte zu verteidigen vorgäben, doch faktisch sollte es kaum Hindernisse für Einflussnahmen des SED-Regimes geben. Wie sollte denn die Bevölkerung die Autonomie in den inneren Angelegenheiten behaupten, wenn sie von der Seite unter Druck gesetzt wurde, von der sie hinsichtlich aller Verbindungen zur Außenwelt total abhängen würde und der gegenüber sie auch ausdrücklich Wohlverhaltenspflichten übernehmen sollte? Wie sollte sie existieren, wenn sie auf die politische und wirtschaftliche Unterstützung der Bundesrepublik verzichten musste? Es ließ sich unschwer vorhersehen, dass unter diesen Umständen keine Selbständigkeit möglich war. Die „Freie Stadt“ konnte daher nur ein Übergangsstadium auf dem Weg zur Eingliederung in den ostdeutschen Staat sein. Chruschtschow war sich dessen durchaus bewusst. Intern erklärte er mehrfach, wenn die West-Berliner irgendwann wollten, stehe es ihnen natürlich frei, um Aufnahme in die DDR zu bitten.

3. Entwicklung der Auseinandersetzung mit den Westmächten

Es erwies sich als schwierig, die USA als die entscheidende Macht auf der Gegenseite zu Verhandlungen zu bewegen, weil diese nicht unter Druck verhandeln wollten. Erst nachdem die sowjetische Regierung erklärt hatte, dass dies nicht ihre Absicht sei, konnte nach langem Hin und Her am 11. Mai 1959 die Genfer Außenministerkonferenz beginnen. In deren Verlauf und auch

6 Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Serie IV, Band 1/1, Frankfurt/Main 1971, S. 3-24.

7 Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV, 1/1, S. 151-177.

bei späteren Gesprächen waren die Amerikaner zusammen mit den Briten zu großen Zugeständnissen bereit: zur Anerkennung der DDR und damit der Zweistaatlichkeit Deutschlands, zur Einstellung aller unerwünschten Aktivitäten in West-Berlin, zur Begrenzung der dortigen Garnison und sogar zum Verzicht auf das Besatzungsrecht. Die Bedingung dafür war, dass ihnen die UdSSR auf andere Weise eine Gewähr für ihr weiteres Verbleiben in der Stadt und den Zugang dorthin gab. Das aber verweigerte die sowjetische Seite, weil genau das die Dinge waren, auf die es ihr entscheidend ankam. Zwar hätte Ulbricht das Angebot liebend gerne angenommen, doch Chruschtschow lehnte ab. Diese Konzessionen interessierten ihn nur wenig, weil er es vor allem auf den Schlag gegen die NATO abgesehen hatte. Um vor der Öffentlichkeit Verständigungswillen zu bekunden, ließ er aber einen „Kompromissvorschlag“ unterbreiten, der für die Dauer von einem, eineinhalb und dann gar zwei Jahren eine Regelung auf der Grundlage des westlichen Angebots vorsah. Als darüber verhandelt wurde, stellte sich heraus, dass danach alle sowjetischen Forderungen ohne Ausnahme erfüllt werden sollten. Das war unannehmbar für die Westmächte, die an Verbleib und Zugang mit dem gleichen Nachdruck festhielten, wie die UdSSR dagegen Stellung bezog. Dieser Gegensatz ließ die Verhandlungen 1959 ebenso wie später scheitern.

Weder bei Ablauf der Sechs-Monate-Frist am 27. Mai noch am 5. August, als die Genfer Konferenz zu Ende ging, entschloss sich Chruschtschow zum angedrohten einseitigen Abschluss des Friedensvertrags mit der DDR und zur damit verbundenen Übergabe der Kontrolle über die West-Berliner Zugangswege. Er hoffte erneut auf ein Nachgeben der USA, als ihn der amerikanische Präsident Eisenhower zu einem Staatsbesuch einlud. Er musste aber schon zu Beginn seines dortigen Aufenthalts erkennen, dass nur an einen Gedankenaustausch gedacht war. Trotzdem war er bei Antritt der Rückreise am 27. September optimistisch: Er deutete die Äußerung seines Gastgebers, die Lage in Berlin ebenfalls für „anomal“ zu halten, als prinzipielle Zustimmung zu seinen Vorstellungen. In Wirklichkeit hatte der Präsident die Spaltung der Stadt im Auge gehabt, die früher oder später durch die Vereinigung des geteilten Deutschlands überwunden werden müsse.

Chruschtschows Hoffnung beruhte auch darauf, dass er mit Eisenhower eine baldige Vier-Mächte-Gipfelkonferenz verabredet hatte. Deren Einberufung verzögerte sich jedoch durch unvorhergesehene Umstände. Als der schließlich festgelegte Termin des 16. Mai 1960 näher rückte, war sich der Kremlchef des amerikanischen Nachgebens nicht mehr so sicher. Der Luftabwehr der UdSSR gelang es am 1. Mai erstmals, ein Spionageflugzeug der USA abzuschießen und den Piloten samt Ausrüstung in die Hand zu bekommen. Chruschtschow nutzte die Gelegenheit, um die Regierung in Washington vor der Öffentlichkeit nach Strich und Faden zu blamieren. Als er sich am 13. Mai auf dem Flug zum Konferenzort Paris befand, erklärte er seiner überraschten Delegation, dass er nur dann mit den Amerikanern verhandeln wolle, wenn ihm Eisenhower Abbitte für den Flug leisten und alle mit dessen Durchführung befassten Leute bestrafen werde. Da von vornherein kaum zu erwarten war, dass sich der Präsident so sehr

demütigen lassen würde, lief das auf eine Absage an die Gipfelverhandlungen hinaus, die der Kremlchef so nachdrücklich angestrebt hatte. So kam es dann auch tatsächlich. Bis zum Amtsantritt eines neuen Präsidenten in Washington Anfang 1961 verzichtete die UdSSR darauf, gegenüber den Westmächten die Forderung nach Aufhebung ihrer Berlin-Rechte geltend zu machen.

4. Zweites Berlin-Ultimatum und Bau der Mauer

Anfang 1961 war eine neue Lage entstanden. Chruschtschow führte den Widerstand der Westmächte gegen den Friedensvertrag darauf zurück, dass er bis zum Vorjahr nur die strategischen Kernwaffen für wichtig gehalten hatte, während der Umfang der Streitkräfte auf dem europäischen Gefechtsfeld sogar verringert worden war. Um den Gegner auch an dieser Stelle zu beeindrucken, begann er seine Truppen wieder zu vermehren und veranlasste die Verbündeten im Warschauer Pakt dazu, dem Beispiel zu folgen. Als die Einführung der Genehmigungspflicht für westdeutsche Besuche in Ost-Berlin mit der Kündigung des Handelsabkommens zum Jahresende beantwortet wurde, musste er zusammen mit Ulbricht erkennen, dass die DDR auf Lieferungen aus der Bundesrepublik angewiesen war und bei deren Ausbleiben ins Schlingern geraten würde. Das sollte durch „Störfreimachung“ verhindert werden, doch weil sich dies nicht von heute auf morgen erreichen ließ, nötigte er die SED-Führung dazu, zunächst einmal nachzugeben. Die Abhängigkeit werde binnen Jahresfrist überwunden und dann kein Hemmnis mehr für die Durchsetzung des Friedensvertrags sein. Ausschlaggebende Bedeutung maß Chruschtschow der Wahl von John F. Kennedy zum Präsidenten der USA bei. Mit diesem politischen „Leichtgewicht“ glaubte er leicht fertigzuwerden.

Die Erwartung erfüllte sich nicht. Bevor es zur persönlichen Begegnung kam, gab ihm der amerikanische Botschafter Llewelyn Thompson auf seine Frage zur Antwort, dass mit der Zustimmung zu seinen Forderungen nicht zu rechnen sei. Chruschtschow wurde wütend und erklärte, das sei eine Kriegserklärung an die Sowjetunion. Bei den Gesprächen in Wien am 3. und 4. Juni 1961 spielte er seine Überlegenheit als erfahrener kalter Krieger voll aus und übergab zum Schluss ein Ultimatum, nach dem unter allen Umständen bis Ende des Jahres der Friedensvertrag abgeschlossen und die Rechte der Westmächte aufgehoben werden sollten. Kennedy sah seine Hoffnung auf eine Annäherung der gegenseitigen Standpunkte enttäuscht und meinte resigniert, es stehe „ein kalter Winter“ bevor. Wie er zu Hause erklärte, fühlte er sich als „kleiner Schuljunge“ behandelt. Er wollte dem Kremlchef zeigen, dass er so mit ihm nicht umspringen könne. Auch deswegen setzte er Rüstungsmaßnahmen in Gang, die seine Entschlossenheit zur unbedingten Verteidigung West-Berlins demonstrieren sollten.

Unter Hinweis auf die anschwellende Massenflucht, welche die DDR akut bedrohe, drang Ulbricht seit April im Kreml mit wachsendem Nachdruck auf eine rasche Schließung der Grenze in Berlin. Chruschtschow weigerte sich. Er sah voraus, dass dies in der Öffentlichkeit einen

fatalen Eindruck machen würde. Der SED-Chef, der schon seit langem immer wieder dafür eingetreten war, dramatisiere die Lage. Chruschtschow änderte seine Meinung erst, als ihn sein eigener Mann, der KGB-Chef, Aleksandr Schelepin, am 20. Juli wissen ließ, die DDR könnte schon zusammenbrechen, ehe der Abschluss des Friedensvertrags Ende des Jahres die Flüchtlinge stoppe. Er wies Botschafter Michail Perwuchin an, den Befehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Armeegeneral Iwan Jakubowskij, mit der Sperrung der Sektorengrenze zu beauftragen. Dieser bestellte, ohne Ulbricht zu fragen oder auch nur zu unterrichten, die für Sicherheitsfragen zuständigen DDR-Minister zu sich nach Wünsdorf, die ihm alle Fragen sofort beantworten konnten, denn sie hatten schon im Januar den - auch gegenüber dem Kreml geheim gehaltenen - Auftrag erhalten, sich geeignete Maßnahmen zu überlegen. Diese Vorbereitungen erlaubten es dem sowjetischen Militär, die Planung rasch durchzuführen und einen frühen Termin, den 13. August, festzulegen.⁸

Chruschtschow war bei seiner Entscheidung sehr unwohl. Er überließ es Ulbricht, sie – mit freilich von ihm überprüften – Ausführungen auf der Tagung des Warschauer Pakts am 3. bis 5. August zu verkünden und zu begründen, und beschränkte sich auf eine kurze Erklärung seines Einverständnisses. Nachdem er in seiner Rede Berlin eine „offene Stadt“ genannt hatte, veranlasste er den zur Bekanntgabe am 13. August bestimmten Beschluss, dass die Sperren aufgehoben werden sollten, „sobald die Friedensregelung mit Deutschland verwirklicht ist und auf dieser Grundlage die spruchreifen Probleme gelöst sind.“⁹ Diese Zusicherung und ihre spätere Verwirklichung würden, so hoffte er, die bevorstehende Grenzsperrung weniger schlimm erscheinen lassen. Chruschtschow hatte sich dazu zwar nur ungerne entschlossen, bekannte sich aber zu seiner Urheberschaft. Als ihn Botschafter Kroll am 9. November 1961 kritisch auf die Sache ansprach, erklärte er offen, dass er dahinter stand.

„Ich leugne das nicht. Natürlich hätte die DDR ohne uns die Grenze nicht geschlossen. Wozu sollen wir uns hier hinter dem Rücken von Gen[ossen] Ulbricht verstecken? Der ist doch in diesem Fall gar nicht so breit. Natürlich, wir haben die Grenze geschlossen, das geschah auf unser Betreiben hin. Technisch hat das die DDR durchgeführt, weil das eine deutsche Frage ist.“¹⁰

Die Grenzsperrung am 13. August war insofern ein Erfolg, als sie reibungslos vonstatten ging und bei den Westmächten keinen Widerstand weckte. Präsident Kennedy, der sich nur für das westliche Berlin einsetzte und an der Stadt als Ganzer kein Interesse hatte, war zuerst sogar

8 Interview von Alexander Vatlin und Manfred Wilke am 9.9.2010 mit Generaloberst a.D. A. Mereschko, in: Deutschland Archiv, 42 (2011), S. 87-96. Als stellvertretender Leiter der operativen Stabsabteilung wurde Mereschko von Jakubowskij zu beiden Unterredungen hinzugezogen und mit der Ausarbeitung der Maßnahmen zur Sperrung der Grenze in Berlin beauftragt.

9 Neues Deutschland, 13.8.1961.

10 In den – auch sonst oft unzuverlässigen - Erinnerungen Krolls, auf die sich Hope M. Harrison in der deutschen, 2011 erschienenen Übersetzung ihres 2003 in den USA publizierten Buches weiterhin beruft, werden die Äußerungen Chruschtschows so wiedergegeben, dass sie – entgegen dem hier zitierten Wortlaut des amtlichen sowjetischen Protokolls – den Eindruck erwecken, als hätte Ulbricht die Entscheidung des Kremlchefs bestimmt.

erleichtert. Er hielt die Berlin-Krise für beendet, nachdem die andere Seite ihr Flüchtlingsproblem ohne Friedensvertrag gelöst habe. Erst danach merkte er, dass die enttäuschte Hoffnung des westdeutschen Verbündeten auf amerikanischen Beistand das beiderseitige Verhältnis belastete, und noch länger dauerte es, bis klar wurde, dass der Konflikt mit der UdSSR weiter anhielt und sich sogar noch verschärfte. Chruschtschow hatte schon am 10. Juli den Bau einer nuklearen „Superbombe“ mit der Sprengkraft von 100 Mio. Tonnen TNT befohlen, deren Explosion im Herbst den Westen einschüchtern und zur Aufgabe seiner Position bewegen sollte. Anfang Oktober ließ er im Manöver „Burja“ den Kernwaffenkrieg proben, um zu zeigen, dass Mittel- und Westeuropa dann der restlosen Vernichtung ausgesetzt wäre. Darauf könne es die andere Seite doch nicht ankommen lassen.

Dieses Vorgehen bewirkte das Gegenteil. Die Regierung in Washington wusste durch die neue Satellitenaufklärung, dass die UdSSR auf der interkontinental-strategischen Ebene abgrundtief unterlegen war, und machte dem Kremelherrscher klar, dass sein Land – und nicht etwa Nordamerika – einen Nuklearkrieg zu fürchten habe. Die Sowjetunion würde kurz und klein geschlagen werden, während die USA geringen Schaden haben würden. Sogar nach einem gegnerischen Erstschlag wäre man immer noch weit stärker.

Chruschtschow sah sich genötigt zurückzustecken. Zu Beginn des XXII. KPdSU-Parteitag am 17. Oktober 1961 erklärte er, die sowjetische Regierung habe „kein Ultimatum gestellt“, sondern sei nur „von der Notwendigkeit ausgegangen, endlich diese herangereifte Frage zu lösen“. Sie werde „nicht darauf bestehen, den Friedensvertrag unbedingt bis zum 31. Dezember 1961 zu unterzeichnen“. Als die „Hauptsache“ stellte er die Aufgabe heraus, „die Frage zu lösen, die Überreste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen, einen deutschen Friedensvertrag zu unterzeichnen“. Er fügte hinzu, die sowjetische Seite bestehe weiter „auf der raschesten Lösung der deutschen Frage“ und sei „dagegen, sie ewig hinauszuschieben“. Wenn die Westmächte Bereitschaft zur Regelung des deutschen Problems zeigten, werde der Termin „nicht solche Bedeutung haben“.¹¹ Wie sich zeigte, suchte Chruschtschow damit nur sein Gesicht zu wahren, denn anschließend war keine Rede mehr von einem Vorbehalt. Von da an erhielten die an der Sektorengrenze provisorisch errichteten Sperren den Charakter einer dauerhaften Grenzbefestigung. Der 17. Oktober 1961 wurde so zum eigentlichen Geburtstag der Berliner Mauer.

5. Neue Bemühungen zur Vertreibung der Westmächte aus Berlin

Am 8. Januar 1962 erläuterte Chruschtschow den anderen Mitgliedern der sowjetischen Führung, wie er West-Berlin in die Hand bekommen wollte, obwohl die Mittel der Nötigung gegenüber den

11 Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXII. Parteitag, in: Materialy XXII s-ezda KPSS, Moskau 1961, S. 33f. In deutscher Übersetzung wurde die Stellungnahme veröffentlicht in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Serie IV, Band 7/1, Frankfurt/Main 1976, S. 725f.

USA versagt hatten. Vorerst könne man „kaum das Maximum erhalten, weil der Westen dazu noch nicht bereit“ sei, „weder moralisch noch materiell“. Nach wie vor gebe „es noch sehr starke reaktionäre Kräfte, die sich dagegen zur Wehr setzen“. Zugleich sei „der Gegner stark, nicht schwächer als wir“, könne daher ebenfalls „von der Position der Stärke aus“ handeln. Kennedy schwanke hin und her, daher könne man nicht voraussehen, wie er sich entscheide, „wenn es ums Äußerste geht – Frieden oder Krieg?“. Nach Chruschtschows Einschätzung war mithin nicht sicher, ob er den Frieden wählen würde. Darum war Vorsicht geboten; das Risiko eines Krieges durfte nicht eingegangen werden. Das schloss die Option militärischer Druckausübung aus. Man musste zu anderen Mitteln greifen.

West-Berlin, so meinte er, war seit der völligen Abriegelung von seiner Umgebung in eine bedrängte Lage geraten. Dadurch hätten sich die Verhältnisse umgekehrt: Die Position nicht der UdSSR und der DDR, sondern der Westmächte sei bedroht. Man könne abwarten, bis der Sieg heranreife. Hatte Chruschtschow früher erklärt, dass ihm der Knochen im Hals stecke, so sah er ihn jetzt im Hals des Westens. Es habe ein Wechsel „von der einen Seite zur anderen“ stattgefunden. Dieser Knochen habe die Sowjetunion „vor dem 13. August mehr beunruhigt als heute, nach dem 13. August“. Dagegen beunruhige er die Westmächte sehr, und das möge „auch so bleiben“. „Sollen sie damit leben. Wir schaffen jetzt Schwierigkeiten für West-Berlin, und sie sagen selbst, dass das zum Absterben führen kann. Und was ist das? Das ist der Knochen. So ist es nicht an uns, diesen Knochen herauszunehmen, um das Leben West-Berlins anzuregen.“ Selbst wenn die westliche Seite große Zugeständnisse mache, liege eine Übereinkunft nicht im sowjetischen Interesse, weil dies die Stadt stabilisieren würde. Man solle stattdessen auf der Basis der faktisch bestehenden Zweistaatlichkeit Deutschlands „die Bevölkerung mobilisieren und die Kräfte der Koexistenz gegen die aggressiven Kräfte mobilisieren“.

„Also, als Ostdeutschland [früher] angesichts des Kapitalismus ein offener Staat war, da hatten wir diesem Knochen eine ganz schöne Halsentzündung zu verdanken. Als wir die Mauer zugemacht haben, haben wir diesen Knochen herausgezogen und ihn unserem Feind eingesetzt, und jetzt arbeitet dieser Knochen nicht mehr gegen uns, sondern für uns.“ Nach Chruschtschows Urteil war zu erwarten, dass West-Berlin unaufhaltsam absterben würde. Höchstens zehn Jahre lang würden die Westmächte die Stadt noch halten können. Demnach war der entscheidende Schritt zum Erfolg bereits getan. Es kam nur noch darauf an, an den erhobenen Forderungen festzuhalten und dem fortschreitenden Niedergang mit geeigneten Pressionen nachzuhelfen.

In den folgenden Monaten scheint Chruschtschow gewisse Zweifel daran gehabt zu haben, ob ihn dieses Vorgehen zum Ziel führen würde, nachdem der Versuch gescheitert war, die westlichen Luftverkehrsgesellschaften durch wiederholte, zu Beinahe-Zusammenstößen führende sowjetische „Flugübungen“ an der Benutzung der Berlin-Korridore zu hindern. Es hatte sich auch gezeigt, dass die Bundesrepublik willens und imstande war, die durch die Abschnürung West-Berlins entstandenen hohen Mehrkosten zu tragen. Dagegen kam die DDR nach wie vor auf

keinen grünen Zweig und blieb weiter von den Lieferungen aus der Bundesrepublik abhängig. Nachdem von störenden Einflussnahmen West-Berlins absolut keine Rede mehr sein konnte, war Chruschtschow zunehmend erbost. Die [Ost-]Deutschen sollten sich endlich auf den Hosensboden setzen und zu arbeiten anfangen, statt immer nur bei der UdSSR um Hilfe zu betteln.

Alle bisherigen Schwachpunkte würden keine Rolle mehr spielen, wenn die UdSSR auf Kuba ihre Nuklearraketen in großer Anzahl stationierte, wie Fidel Castro im Frühjahr 1962 anbot, um sich vor einer amerikanischen Invasion zu schützen. Dann konnte die Sowjetunion ihre weithin fehlenden interkontinentalen Fähigkeiten durch Flugkörper mittlerer Reichweite ausgleichen und entscheidende Regierungs-, Industrie- und Bevölkerungszentren der USA bedrohen. Damit, so glaubte Chruschtschow, hätte er ein Druckmittel in der Hand, mit dem sich der Rückzug der Westmächte aus Berlin erzwingen ließ. Das Risiko, dass der Gegner in Washington die Raketen rechtzeitig entdecken und hindernd eingreifen würde, ignorierte er. Ab Sommer 1962 warnte er mehrfach Gesprächspartner aus dem Westen, seine „Geduld“ mit der Lage in Berlin werde nicht mehr lange dauern. Die Frist schwinde, in der Verhandlungen darüber noch möglich seien. Seit Ende August wurde ein Termin genannt, an dem damit Schluss sein sollte: im November nach den Kongresswahlen in den USA - genau die Zeit, zu der die Stationierung auf Kuba abgeschlossen sein sollte.

Dazu kam es nicht: Chruschtschow sah sich in der Krise von Ende Oktober genötigt, seine Raketen aus Kuba abzuziehen. Danach stellte er die Position der Westmächte in West-Berlin nur noch indirekt – durch Angriffe auf die Bindungen der Stadt an die Bundesrepublik - in Frage, und auch davon nahm er Abstand, als Adenauer im Herbst von der politischen Bühne abtrat und Ludwig Erhard sein Nachfolger wurde. Chruschtschow erwartete nämlich, der neue Bundeskanzler werde sich politisch vom überragenden Interesse am Osthandel leiten lassen, das die Westdeutschen vermeintlich hatten, und sich deshalb auf die UdSSR ausrichten. Die Berlin-Frage sollte ihn daran nicht hindern.

6. Fazit

Das einzige Ergebnis der beharrlichen, immer wieder mit Krieg drohenden Anstrengungen war die Berliner Mauer, die Chruschtschow nie gewollt hatte und durch welche die Westmächte – anders als ihr deutscher Verbündeter – sich nicht herausgefordert fühlten. Mit seinem im Vergleich zu den USA schwachen militärischen Instrumentarium vermochte er zu bluffen und so weit Eindruck zu machen, dass ihm sehr erhebliche Zugeständnisse angeboten wurden. Als er jedoch auf dem Rückzug der Westmächte aus West-Berlin - und das hieß: auf dem Bruch des Schutzversprechens gegenüber der dortigen Bevölkerung und der Preisgabe der Grundlage der NATO - bestand, konnte er sich nicht durchsetzen. Er verlangte alles und erhielt darum nichts. Das war ein Glück für Deutschland, denn auf diese Weise blieb die Verhandlungsmasse erhalten, die dort zu Beginn der 1970er Jahre die Herstellung eines politischen Modus vivendi im Zeichen

des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin und der Ostverträge der Bundesrepublik ermöglichte und 1990 die Wiedervereinigung erlaubte.

Chruschtschow ließ sich von der Überzeugung leiten, dass der Sozialismus das dem Westen überlegene System sei und sich nach den Gesetzen der Geschichte früher oder später weltweit durchsetzen müsse. Das Vorgehen gegen West-Berlin lag auf dieser Linie und sollte damit den Anfang machen. Die Realität sah anders aus. Das sozialistische System führte zu wirtschaftlichem und sozialem Rückstand. Das beschränkte die Optionen gegenüber den Westmächten und ließ im Konfrontationsfall auch ökonomische Risiken erwarten und setzte Chruschtschow, wie sein Entschluss zur Sperrung der Grenze in Berlin zeigt, Handlungszwängen aus, die ihn in nicht gewollte Richtungen führten. Auf den Verlauf der Berlin-Krise wirkte sich stark aus, dass die DDR weder ihre Bevölkerung materiell zufrieden stellen konnte noch sich aus der Lieferabhängigkeit von der Bundesrepublik zu lösen vermochte und dass die UdSSR trotz ihres Rohstoff- und Energiereichtums außerstande war, die wirtschaftlichen Defizite des ostdeutschen Verbündeten zu beheben. Der Rückstand des sozialistischen Lagers gegenüber dem Westen nahm im Laufe der Zeit nicht ab, sondern zu und wurde damit zur Grundlage einer Entwicklung im Ost-West-Verhältnis, die genau umgekehrt verlief, als Chruschtschow dachte.